

Schlachthof in Sachsen-Anhalt Niederlage für Wiesenhof

06.04.2012, 15:06

Von *Silvia Liebrich*

Vier Wochen nach der vorübergehenden Schließung eines Wiesenhof-Schlachthofs in Möckern steht fest: Gut 800.000 Hähnchen, die dort verarbeitet wurden, dürfen nicht in den Lebensmittelhandel kommen. Unterdessen gibt es erneut Vorwürfe wegen Tierquälerei gegen einen Subunternehmer von Wiesenhof.

Die Behörden in Sachsen-Anhalt haben sich mit der Entscheidung Zeit gelassen. Doch vier Wochen nach der vorübergehenden Schließung eines Wiesenhof-Schlachthofs in Möckern steht endgültig fest: Gut 800.000 Hähnchen, die dort verarbeitet wurden, dürfen nicht in den Lebensmittelhandel kommen. Dies teilte das zuständige Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt am Donnerstag mit.



Hähnchenstall des Geflügelproduzenten Wiesenhof: 800.000 geschlachtete Hähnchen dürfen nicht verkauft werden. (© dpa)

Die Schließung des Wiesenhof Schlachthofes in Möckern hat bundesweit für Aufsehen gesorgt. Die Fast-Food-Kette McDonald's strich das Unternehmen daraufhin von der Liste seiner Lieferanten.

Der Vorfall beschäftigt inzwischen auch den Landtag in Sachsen-Anhalt. Die Grünen fordern eine umfassende Aufklärung der Vorwürfe. Ursache für die Hygieneprobleme waren offenbar

Umbauten, die bei laufendem Schlachtbetrieb durchgeführt wurden. Kontrolleure hatten die Produktion Anfang März für zwei Tage gestoppt. 975 Tonnen Fleisch wurden für den Verzehr gesperrt.

Die ausgenommenen und gefrorenen Hähnchen lagern seitdem in einem Tiefkühlhaus. Wiesenhof hatte eine Freigabe der Ware beantragt. "Jetzt herrscht Klarheit, wir akzeptieren die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes und werden keinen Widerspruch dagegen einlegen", sagte ein Wiesenhof-Sprecher am Freitag der *Süddeutschen Zeitung*.

Vernichtet werden müssen die gefrorenen Hähnchen aber nicht. "Es besteht die Möglichkeit, daraus Tierfutter herzustellen", hieß es beim Landesverwaltungsamt. Die Behörde stellte auch klar, dass die behördlich verfügte vorübergehende Einstellung des Betriebs rechtmäßig gewesen sei. Zwischen den Ämtern und dem Unternehmen hatte es unter anderem Streit über die Arbeitsweise der zuständigen Veterinäre gegeben. Kritik kam von Umweltschützern. Die Tierärzte hätten den Betrieb viel zu schnell wieder freigegeben, kritisierte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.

Unterdessen gibt es erneut Vorwürfe wegen Tierquälerei gegen einen Subunternehmer von Wiesenhof. Die Generalstaatsanwaltschaft Celle hat nach Medienberichten weitere Ermittlungen eingeleitet. Ein von der Staatsanwaltschaft Verden eingestelltes Verfahren wegen der Zustände in einer für Wiesenhof produzierenden Hühnerfarm werde wieder aufgenommen, berichteten *Spiegel* und *tageszeitung*. Das Verfahren war eingestellt worden, weil das heimlich gedrehte Video einer Tierschutzorganisation, das etwa das Töten von Hühnern durch Genickbruch ohne Betäubung zeigte, nicht als Beweismittel zugelassen wurde.

Der Wiesenhof-Sprecher bestätigte das neue Verfahren. Er betonte jedoch, das Verfahren richte sich nicht gegen das Unternehmen selbst, sondern einen externen Dienstleister. Die PHW-Gruppe, zu der Wiesenhof gehört, habe bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Falles personelle und organisatorische Konsequenzen gezogen, sagte er. Die Staatsanwaltschaft Celle war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.